

Die USA und die Dollarisierung Lateinamerikas

Während der vergangenen Monate wurde im Kongress der Vereinigten Staaten ein *Gesetzesentwurf über die internationale Währungsstabilität* (IMSA) diskutiert. Eingereicht wurde der Vorschlag vom reaktionären und ultrarechten republikanischen Abgeordneten aus Florida, Connie Mack. Dieses Gesetz soll die Voraussetzungen und Bedingungen für die Einführung des Dollars als Landeswährung in anderen Regionen oder Staaten, vor allem in Lateinamerika, festlegen. Der folgende Artikel von Guillermo Gil erklärt das Gesetz und seine Konsequenzen für die Wirtschaft der lateinamerikanischen Länder. Er ist am 14. Juli in der kubanischen Zeitung *El Economista* erschienen.

Der Gesetzesentwurf

Mit dem *Gesetzesentwurf über die internationale Währungsstabilität* (IMSA) werden die vermeintlichen Vorteile einer Dollarisierung schmackhaft gemacht. Dies sind: Die Währungsstabilität, der Rückgang der Inflation, die Senkung der Zinsen gegenüber den Vereinigten Staaten, die Ankurbelung der Wirtschaft und als Folge davon vermehrte Investitionen und ein Anreiz zum Sparen, weiter die Steuerdisziplin, die Stärkung des Finanzsystems, etc.

Der Gesetzesentwurf schreibt klar vor, was ein Land machen muss, das den (US-) Dollar als Nationalwährung einführen will. Ebenso wird die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem System erklärt, wobei klar zum Ausdruck kommt, welches die Interessen der USA an einer Dollarisierung möglichst vieler Länder sind:

Für die nordamerikanischen Investoren hätte es den Vorteil, dass das Risiko bei Investitionen in entstehende Märkte nicht mehr so gross ist wie jetzt noch, da immer noch mit gewaltigen Kursschwankungen zu rechnen ist. Wer investiert, muss heute gewisse Sicherheiten für solche Risiken bereitstellen. Weiter würde es den Exportmarkt stabilisieren und natürlich die Bestrebungen der Vereinigten Staaten beim Aufbau eines internationalen Finanzmarktes stärken.

Laut Gesetzesentwurf braucht es die Einwilligung des Finanzministers der Vereinigten Staaten, um in Lateinamerika oder einer anderen Region die Dollarisierung durchzuführen. Nur dann kann ein Land mit der vollen Unterstützung der USA im Prozess der Dollarisierung rechnen. Diese Einwilligung hängt davon ab, ob das betreffende Land eine Öffnung des Finanzsystems für ausländische Banken zulässt und sich mit den internationalen Bankgesetzen einverstanden erklärt. Weiter muss sämtliches Material, das zur Herstellung des Geldes gedient hat (Prägeplatten und Münzstempel) zerstört werden. Die sich im Umlauf befindende Landeswährung muss als illegal erklärt und so schnell wie möglich dem Markt entzogen werden. Die Annahme der Landeswährung ist verboten, es sei denn, zum Tausch gegen Dollars. Selbstverständlich muss das Land unter ständiger Kontrolle des nordamerikanischen Finanzministers stehen, der über den Prozess der Dollarisierung eines Landes urteilt und auch die Möglichkeit hat, bei Nichterfüllung der obengenannten Bedingungen, dem betreffenden Land die 'Bewilligung' zu entziehen bzw. neue Bedin-

gungen zu stellen. Weiter ist das betreffende Land dazu verpflichtet, mit den Vereinigten Staaten im Kampf gegen Geldwäscherei und Falschmünzerei zu kooperieren. Soweit der Entwurf des *Gesetzes über die internationale Währungsstabilität*, IMSA.

Erfüllt ein Land die von den Vereinigten Staaten festgelegten Vorgaben nicht, hat es jederzeit die Möglichkeit, die Dollarisierung unilateral, das heisst ohne Unterstützung der USA, durchzuführen. In diesem Fall muss das betreffende Land auf dem internationalen Finanzmarkt Schatzanweisungen der Vereinigten Staaten kaufen und diese dann offiziell gegen Noten und Münzen (Dollars) wechseln.

Wenn die Dollarisierung eines Landes mit Unterstützung der Vereinigten Staaten stattfindet, ist der Wechselkurs Schatzanweisungen/Dollar höher. Der Gesetzesentwurf schlägt nun vor, dass ein Teil der Zinsen, die auf dem internationalen Finanzmarkt auf die Schatzanweisungen entrichtet werden, an die sich 'dollarisierende' Länder gehen und so ein attraktiver Wechselkurs angeboten werden kann.

Der Gesetzesentwurf enthält weitere Bestimmungen über das Finanzsystem eines sich dollarisierenden Landes und über Darlehensgewährung seitens der Vereinigten Staaten an solche Länder. Auch enthält es Bestimmungen über mögliche Sanktionen im Fall eines erneuten Wechsels der Landeswährung, z.B. vom Dollar zum Euro.

Konsequenzen der Dollarisierung

Bei einer genaueren Analyse des *Gesetzesentwurfes über die internationale Währungsstabilität* (IMSA) fallen als erstes die klar formulierten Absichten der Vereinigten Staaten auf und die noch klareren Vorgaben an ein Land, das sich offiziell dollarisieren will.

Die Dollarisierung ganz Lateinamerikas würde den nordamerikanischen Unternehmern einen möglichst grossen Absatzmarkt für ihre Produkte unter einem möglichst kleinen Risiko garantieren. Ausserdem führt dies zur Hegemonie des Dollars in der Region, sehr zu Schaden des Euros. Dies ist also die Antwort der Vereinigten Staaten an die Europäische Union und die Ausbreitung der europäischen Ökonomie in Lateinamerika und hat die Vertreibung

der europäischen Banken und Firmen aus Lateinamerika zur Folge.

Falls dieses Gesetz angenommen wird, ist die Rechnung Senator Mack's sehr einfach und geht auf: Die Länder werden zwar nicht gezwungen, die Dollarisierung durchzuführen, machen sie es jedoch, müssen sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die mehr sind als die einfache Öffnung des Banksystems gegenüber den internationalen Banken. Jede ÖkonomIn weiss, dass eine solche Öffnung den Verlust der Kontrolle eines Staates über seine Finanzpolitik bedeutet.

Auch die Steuerpolitik ist dann völlig an die von den Vereinigten Staaten verlangte Steuerdisziplin gebunden. Das heisst, die Länder verlieren die Möglichkeit, in einer wirtschaftlich prekären Situation entsprechende steuerrechtliche Massnahmen zu ergreifen.

Wie sollen Staaten z.B. ihr Sozialsystem verbessern oder die Arbeitslosigkeit verringern, wenn sie keine eigene Währung haben und von der Finanzpolitik der Vereinigten Staaten abhängig sind? Die Antwort ist einfach: fast unmöglich. Auch mit der von den Neoliberalen propagierten "freien Marktwirtschaft" ist dann nichts mehr zu machen.

Und zu guter letzt, um keine Zwei-

fel mehr offen zu lassen: Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, die sich im Dollarisierungsprozess befindenden Länder bei ihrer Finanzpolitik zu unterstützen. Sie verpflichten sich nicht als Darlehensgeber, die Regierungen ihrerseits müssen sich jedoch dazu verpflichten, ausschliesslich in Dollars zu handeln (was soviel heisst, wie fast ausschliesslich mit den Vereinigten Staaten Geschäfte zu machen).

Der skandalöse Höhepunkt des Gesetzesentwurfs ist die Macht, die der Finanzminister der Vereinigten Staaten erhält, indem er das Absolutrecht hat, darüber zu entscheiden, ob ein Land zur (durch die USA unterstützten) Dollarisierung zugelassen wird, und je nach Gutdünken einem Land dieses Recht auch wieder entziehen kann.

Eine genaue Analyse des Vorschlages von Senator Mack zeigt, dass lateinamerikanische Regierungen, die diese 'intellektuelle Missgeburt' akzeptieren, zu einer Provinzregierung zweiter Klasse werden. Die Entscheidungsfreiheit des Staates in diesen Ökonomien ist nicht nur eingeschränkt, sie verschwindet gänzlich, und die Staaten werden zu dem, was sie meinten, vor vielen Jahren hinter sich gelassen zu haben: zu Kolonien.

Dies ist denn auch die wahre Absicht dieses Gesetzesentwurfs: Die finanzielle Kolonialisierung Lateinamerikas und daraus folgend, die gänzliche Vereinnahmung der Region durch die Vereinigten Staaten.

In wenigen Worten: Alle Ideale von Intergration und Unabhängigkeit Lateinamerikas, wie sie von Simón Bolívar und José Martí formuliert wurden, sind zerstört und das Wort 'Souveränität' verschwindet aus den Wörterbüchern dieser Länder.

Selbstverständlich muss dieser Vorschlag zuerst im nordamerikanischen Parlament diskutiert werden und es wird noch eine Weile dauern, bis der Entscheidung darüber fällt, ob er angenommen wird oder nicht. Bisher haben sowohl die nordamerikanische Nationalbank wie auch der Finanzminister der Vereinigten Staaten ihre Befürchtungen bezüglich der Einführung dieses Gesetzes geäußert.

Es ist schwierig, sich vorzustellen, dass über eine Dollarisierung diskutiert wird und sogar Schritte in diese Richtung unternommen werden, wie es in Ecuador der Fall ist, ohne dass sich die Vereinigten Staaten explizit für oder gegen ein solches Vorhaben ausgesprochen haben.

Die feministische Kritik an der Politik Portillos

Die kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage über die Beurteilung der ersten sechs Monate Regierungszeit von Präsident Portillo kam zum Schluss, dass die Einschätzungen von Männern und Frauen nicht gross variieren. Frauen haben aber ganz eigene Gründe, mit Portillo unzufrieden zu sein. Der folgende Artikel erschien in *La Cuerda* Nr. 26 (8/2000), der feministischen Monatsbeilage der Tageszeitung *El Periódico*:

"Es gibt eine klare Diskrepanz zwischen den Wahlversprechen Portillos bezüglich der Forderungen der Frauen und seinen Regierungsaktivitäten des ersten halben Jahres, wie er sie mittels bezahltem Inserat in den Medien der Öffentlichkeit bekanntmacht.

Bei seiner Amtsübernahme versprach der Präsident: "Meine Aktivitäten in diesem Bereich (der Rolle der Frau als sozialem Subjekt) gehen von drei Prämissen aus: Politischer Wille, Berücksichtigung der bereits begonnenen Initiativen sowie die Zusicherung staatlicher Leistungen und Ressourcen bei der Erfüllung der Bedürfnisse der Guatemaltekinen, speziell der indigenen Frauen, der Bäuerinnen und Frauen mit geringem Einkommen.

Bezüglich der Bedürfnisse der Frauen mit geringem Einkommen wurde bis jetzt einzig die Schaffung eines *Sekretariats für soziale Entwicklung* angeordnet und eine Übereinkunft für ein *Verteidigungsamt für indigene Frauen* getroffen. Weiter hat das Gesundheitsministerium eine Kampagne über Verhütungsmittel angekündigt und den Monat Mai zum "Monat der Gesundheit der Guatemaltekinen" deklariert.

Eine Frage an den Präsidenten: In welcher Form führen Sie die bereits begonnenen Initiativen weiter? Z. B. das *Programm zur Förderung und Entwicklung von Landfrauen*, das über ein Budget von 31 Millionen US-\$ verfügt und dessen Ausführerin das *Sekretariat für Sozialwerke* (SOSEP) ist, das der jeweiligen Präsidentengattin unterstellt ist.

An anderer Stelle in seinem Diskurs versprach Portillo, "die Geschlechtergleichheit zu institutionalisieren und die dazu notwendigen Reglemente und Gesetze zu erlassen, das *Nationale Institut der Frau* zu gründen und in ständigem Kontakt zu den organisierten Frauen zu stehen".

Der Präsident hat das "Institut" widerrufen und dafür das *Präsidentiale Frauensekretariat* gegründet. Zu des-

sen Aufgaben gehört jedoch nicht die Umsetzung der Internationalen Abkommen (z.B. das Abkommen über die Eliminierung aller Formen der Diskriminierung oder der Aktionsplan von Beijing), Forderungen, hinter denen alle organisierten Frauen stehen.

Die einzigen Kontakte, die die Regierung bisher mit Frauengruppen aufgenommen hat, bestand darin, ihre Vorschläge für die Ernennung von Gouverneurinnen entgegenzunehmen. Anstelle eines offenen Dialogs, dienten diese Treffen einzig der Weiterleitung offizieller Informationen. Die Teilnehmerinnen bei diesen 'Monologen' kamen zum Schluss, dass es noch zu keiner konkreten Initiative gekommen ist, seit die neue Regierung an der Macht ist.

Während 180 Tagen hat sich die Regierung nie auf den *Gleichstellungsplan* oder das *Nationale Frauenforum* bezogen. Die Aktivitäten in Bezug auf die Kinder beschränken sich ausschliesslich auf sogenannte Risikogruppen: Strassenkinder, misshandelte und sexuell ausgebeutete Kinder, während 85% aller Kinder und Jugendlichen in Guatemala weiterhin in Armut leben.

Es fehlt noch viel, um die Versprechen des Präsidenten wahr zu machen!"

Wechsel in verschiedenen Ministerien

Guatemala, 8. August. Durch das Auswechseln von zwei Ministern, drei Vizeministern sowie den Leitern zweier Präsidentschaftssekretariate hat Präsident Portillo nach sieben Monaten Regierungszeit sein Kabinett neu bestückt.

Ausgewechselt wurden der Innenminister Guillermo Ruiz Wong, (der wegen seiner Position während der Unruhen im Mai, ausgelöst durch den Streik der Busunternehmer, stark kritisiert wurde), sowie seine beiden Vizeminister. Ersetzt wurden weiter der Agrarminister Roger Valenzuela und der Agrarvizeminister im Petén, Baudilio Hichos, sowie die Leiter des *Sekretariats für Sozialplanung* (SEGEPLAN) und des *Friedenssekretariats*, Rúben Calderón.

Wie nicht anders erwartet, haben die Wechsel in der Exekutive die verschiedensten Reaktionen ausgelöst. Positive, da ein paar technisch fähige und keiner der Machtgruppen angehörenden Personen ernannt wurden; Negative, da die neuen Verantwortlichen für die innere Sicherheit eine zweifelhafte Vergangenheit in Sachen Menschenrechtsverletzungen aufweisen.

Um wen geht es denn nun?

Als neuer Agrarminister amtiert Leopoldo Sandoval Villeda. Er hatte dieses Amt bereits 1982/83 inne, während der De facto-Regierung Ríos Montt's, mit dem er eng befreundet ist. Er ist ehemaliges Mitglied der *Versöhnungskommission* und Ex-Präsident des inzwischen aufgelösten *Instituts für landwirtschaftliche Entwicklung* (INTA). Er versprach,

seine Arbeit in Funktion der Friedensabkommen zu erfüllen (Schaffung der Landfonds, Kataster und Landregistrierung).

Neuer Leiter des SEGEPLAN ist Arturo Montenegro. Es ist ein renommierter Ökonom, Ex-Generalsekretär der *UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika* (CEPAL), war in der Vorbereitungskommission des Finanzpaktes und Berater des Wirtschaftsministers beim Thema Freihandelsabkommen. Montenegro werden allgemein genügend berufliche Erfahrung, Theorie und Praxis zugesprochen, um die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu erkennen und zu erfüllen.

Auch in Gabriel Aguilera, neuer Chef des SEPAZ werden grosse Hoffnungen gesteckt. Während der Regierungszeit Arzu's war er Vizeminister für auswärtige Beziehungen, weshalb von ihm erwartet wird, dass er den Inhalt und die Wichtigkeit der Friedensabkommen erkannt hat. Von ihm wird erhofft, dass er dem Friedenssekretariat wieder das Profil gibt, das es unter seiner früheren Leiterin, Rachel Zelaya, hatte und in letzter Zeit, unter der Leitung von Calderón, verloren hatte.

Problematisch und allseitig kritisiert ist jedoch die Ernennung Byron Barrientos zum neuen Innenminister. Barrientos, Kongressabgeordneter der FRG, hat eine (in schlechtem Licht) schillernde Geheimdienstkariere hinter sich, war am Versuch eines Staatsstreiches gegen Vinicio Cerezo beteiligt und war treuer Untergebener diverser Kriegsgenerale, u.a. von Ríos Montt. 1997 wurde er Nachfolger von Germán Chupina als Leiter der mobilen Militärpolizei (PMA), während der Regierung von Lucas García leitete er eine Spezialtruppe, die für Folter und Menschenrechtsverletzungen bekannt war. In den Vereinigten Staaten hat er wegen seiner Vergangenheit. Einreiseverbot. (Als Alternativkandidat wurde Ricardo Marroquín Rosada, Leiter der SAAS, diskutiert, jedoch wegen seiner ehemaligen URNG-Mitgliedschaft URNG verworfen.)

Seine militärische Gesinnung stellte Barrientos gleich bei seiner Antrittsrede unter Beweis: Seit einem Jahr bereite er sich auf dieses Amt vor, er wisse genau, wie er die Sicherheit im Land wiederherstellen wolle. Sein Motto heisse, Krieg der Kriminalität, erklärte er.

Als erste Amtshandlung ernannte er Luis Alberto Mendizábal, einen alten Kumpel aus den Zeiten Lucas Garcías, zum Direktor der Migrationsbehörde. Mendizábal gehört der unter dem Namen *La oficinista* bekannten Geheim-

dienststruktur von Jacobo Salán Sánchez an, die dafür bekannt ist, Gerichtsprozesse zu manipulieren, in die Armeemitglieder involviert sind. Beunruhigend ist, dass Mendizábal in seinem ersten öffentlichen Auftritt als Chef der Migrationsbehörde bekanntgab, dass er das Problem der 8000 papierlosen MigrantenInnen, die jeden Monat das Land durchqueren und alle nur potentielle Kriminelle seien, in den Griff bekommen werde.

Als wäre das nicht genug, ernannte Barrientos nach einigem hin und her Rudio Leosan Mérida zum neuen Direktor der zivilen Nationalpolizei. Leosan Mérida amtierte als Verteidiger mehrerer ehemaliger Zivilpatrouillisten (PAC), die der Ermordung und Verletzung von Zivilpersonen angeklagt waren, die in Colotenango (Huehuetenango) für die Auflösung der PAC demonstrierten.

Damit ist wohl zu genüge bewiesen, dass die Garantierung der inneren Sicherheit voll und ganz in den Händen ehemaliger Menschenrechtsverbrecher ist. Von diversen Menschenrechtsorganisationen wird eine Re-Militarisierung der Gesellschaft befürchtet. Rund dreissig dieser Organisationen veröffentlichten gemeinsam ein Pressecommuniqué, in dem sie gegen die Ernennung Barrientos protestierten.

Die Wechsel in den Ministerien haben auch eine Machtverschiebung innerhalb der FRG zur Folge: Die Ernennung Barrientos als Innenminister ist ein klarer Sieg für Ríos Montt und wird Alfonso Portillo national und international noch mehr unter Druck bringen.

Neuer Minugua-Chef ernannt

Guatemala, 2. August. Der deutsche Gerd Merren wird die *UNO-Mission für Guatemala* (MINUGUA) leiten, solange diese noch in Guatemala tätig ist. Die Priorität der Mission sei die Zusammenarbeit mit allen an den Friedensabkommen beteiligten Sektoren und das Vorantreiben von deren Umsetzung, erklärte Merren. Immerhin seien erst etwa 30% der Abkommen umgesetzt worden.

Weiter informierte er, dass das Budget der Mission um ein Drittel gekürzt wird und man damit rechnet, dass sich MINUGUA bis zum Jahr 2003 aus Guatemala zurückgezogen hat.

Merren war zuvor für die Vereinten Nationen in Zambia, Bolivien und Tadschikistan und begleitete verschiedene Wahlbeobachtungen in Lateinamerika und der Karibik.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Staat bezahlt für Menschenrechtsverletzungen

Guatemala, 10. August. Rund 130 Fälle von Menschenrechtsverletzungen, in die guatemaltekeische StaatsbürgerInnen involviert sind, sind bei der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) hängig. Für zehn davon hat der Staat nun die Verantwortung übernommen, nachdem er bereits Anfang des Jahres die 'institutionelle Verantwortung' für einige Fälle, darunter derjenige des Massakers in *Dos Erres*, übernommen hat.

Nun hat Präsident Portillo mit der CIDH eine Vereinbarung unterzeichnet, in der er sich verpflichtet, in diesen weiteren Fällen die Opfer zu entschädigen. Nebst diesen finanziellen Entschädigun-

gen verpflichtet sich die guatemaltekeische Regierung dazu, alles zu unternehmen, um die Schuldigen ausfindig zu machen und zu bestrafen.

In dem Dokument verspricht die guatemaltekeische Regierung, die Aufklärung bereits laufender Fälle voranzutreiben und die CIDH in einem halbjährlichen Bericht über die Fortschritte in jedem einzelnen Fall zu informieren.

Die finanzielle Entschädigung sei zwar etwas Wichtiges, aber es müsse ebensoviel Wert auf die rechtliche Verfolgung der Verbrechen gelegt werden, meinte Frank LaRue von der Menschenrechtsorganisation CALDH.

Helen Mack befürchtete sogar,

dass die Regierung eine Summe Geld bezahlen wolle und damit die Fälle für abgeschlossen halte. Sie jedenfalls würde keine finanzielle Entschädigung annehmen für den Mord an ihrer Schwester Myrna Mack, für den sie einen hohen Militärfunktionär verantwortlich macht.

Die Menschenrechtsorganisationen profitierten vom Besuch des Präsidenten des CIDH, Claudio Grossmann, um aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen, wie z. B. die Entführung der Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez und die Drohungen gegen verschiedene JournalistInnen und MenschenrechtsaktivistInnen.

Armee vor dem Konkurs

Guatemala, 4. August. Finanzminister Manuel Maza beantragte vor dem Kongress eine Erhöhung des Haushaltsbudgets von rund 576 Millionen Quetzales (ca. 75 Millionen US-\$). Er begründete seinen Antrag damit, dass es immer noch Defizite aus der Administration Arzú zu decken gebe. Die Ministerien, die von den zusätzlichen Mitteln etwas abbekämen, sind das Verteidigungs-, das Erziehungs-, das Gesundheits-, das Wirtschafts- und das Kommunikationsministerium.

Den grössten Betrag (ca. 63 Millionen US-\$) bekäme das Ministerium für Verkehr und Kommunikation für die Fertigstellung verschiedener Strassen im Departement Petén.

Das Verteidigungsministerium bekäme ca. 320'000 US-\$. Laut Ex-General Otto Pérez Molina hatte das Militär früher eigene Einnahmen durch das Anbieten von Sicherheitsdiensten. Diese seien von der ehemaligen mobilen Militärpolizei (PMA) geleistet worden, doch durch die Auflösung der PMA sei diese Einnahmequelle weggefallen.

Peréz Molina machte den ehemaligen Verteidigungsminister Marco Tulio

Espinosa Contreras für die momentane Finanzkrise der Armee verantwortlich. Er sieht zwei Gründe für den finanziellen Engpass der Armee: Erstens die Friedensabkommen, die das Budget einschränkten und es verunmöglichten, zusätzliche Einnahmen zu machen und zweitens das schlechte Wirtschaften Espinosa Contreras.

Die Armee habe in acht armeeeigene Unternehmen investiert, die mit Ausnahme von einem, der *Mayaquimicos*, alle defizitär gewesen seien. Allein die *Banco del Ejercito* habe rund fünf Millionen US-\$ an der Börse verloren, informierte Pérez Molina. Eine von ihm und Oberst César Augusto Ruiz Morales durchgeführte Analyse kommt zum Schluss, dass die nach den Friedensabkommen stillgelegten Kasernen sich zu einem finanziellen Fass ohne Boden für die Armee gewandelt haben.

Verteidigungsminister Juan de Dios Estrada Velásquez gab zu, dass die Armee in einer finanziellen Krise steckt, nennt aber keinen Verantwortlichen. Es stimme, dass sowohl die *Banco del Ejercito* wie auch das armeeeigene Altersvorsorgeinstitut (IPM) kurz vor dem

Konkurs stünden, räumte Estrada Velásquez ein.

Der staatliche Rechnungsprüfer seinerseits, versicherte, er habe die Übersicht über die Finanzen der Armee und habe nichts Aussergewöhnliches feststellen können. Immerhin gab er zu, dass die Armee Geld vom *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ) bekommen habe, um Waffen, Uniformen und sonstiges Material zu kaufen.

Um ihr Budget ein bisschen aufzubessern, wird die Armee in der zweiten Hälfte des Jahres vom Innenministerium rund 80'000 US-\$ kassieren, für die Garantierung der Sicherheit auf den Strassen und in den Gefängnissen.

Diese Übereinkunft kritisierte der Abgeordnete der linken Allianz ANN Alberto Mazariegos: "Würde die Regierung über eine wirkliche Sicherheitsstrategie verfügen, bestände keine Notwendigkeit für das Militär, der Polizei zu helfen." Dies verstosse ausserdem gegen die Friedensabkommen und sei ein Beweis für die Schwäche der zivilen Sicherheitskräfte, ergänzte Manolo Vela von der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO).

Grünes Licht für neue Präsidentengarde

Guatemala, 3. August. Der erste Ausbildungskurs für 69 Mitglieder der neuen Präsidentengarde (SAAS) ist letzte Woche zu Ende gegangen. Teilgenommen an der Ausbildung haben drei Frauen und 66 Männer. Es handelt sich dabei um eine Gruppe, die zusammengesetzt ist aus 34 Ex-PolizistInnen, 22 Mitgliedern des Präsidialen Generalstabes (EMP) und drei speziell für diese Aufgabe angeworbenen Personen, die bisher

keinerlei Erfahrung in diesem Bereich haben.

Die Aufgabe der SAAS ist die sukzessive Ablösung des EMP, dessen Auflösung in den Friedensabkommen festgehalten ist. Es wird damit gerechnet, dass dieser Übergangsprozess bis Ende des Jahres abgeschlossen ist. Die SAAS verfügt über ein Budget von rund einer Million US-\$ bis Ende des Jahres, geleitet wird die neue Präsidentengarde

von Ricardo Marroquín Rosada. Marroquín Rosada gehörte von 1979-85 der ORPA an und verbrachte danach mehrere Jahre im Exil.

Gleichzeitig kündigte Jacobo Salán Sánchez seinen Rücktritt als Berater der SAAS an. Er trete aus Freundschaft zum Präsidenten zurück, begründete er seinen Entscheid. Die an ihm geübte Kritik könne diesem schaden. Er stehe Portillo jedoch weiterhin jederzeit zur Verfügung.

'Guate-Gate' im Kongress

Guatemala, 10. August. In seiner Sitzung vom 27. Juli verabschiedete der Kongress ein Gesetz über die Alkoholsteuer. Laut diesem sollen in Zukunft auf destillierten Alkohol 20%, auf Wein 10% und auf Mineralwasser 1% Steuern erhoben werden. Tags darauf veröffentlichte jedoch das Amtsblatt andere Zahlen: Da hiess es nämlich, die Steuer auf destilliertem Alkohol betrage 10%, auf Wein 4,18% und auf Mineralwasser 0,2%.

Diese Verfälschung der Zahlen führte zu einem politischen Skandal, in den sowohl die Legislative wie die Exekutive verwickelt ist. Um den Beweis einer Fälschung vorzubringen, verlangten VertreterInnen der *Partei der Nationalen Allianz (PAN)* und der *Unionistas* die Videoaufnahmen und schriftlichen Protokolle besagter Sitzung einzusehen. Worauf sie feststellen mussten, dass die Videoaufnahmen bereits überspielt waren und ihnen die Einsicht ins Protokoll verweigert wurde. (Interessanterweise gibt es noch Aufnahmen von früheren Kongresssitzungen, was bedeutet, dass die Bänder nicht chronologisch überspielt werden. Weiter soll es Beweise dafür geben, dass Abgeordnete der FRG am frühen Morgen des 28. Juli das Protokoll gefälscht haben.)

Während die *PAN* und die *Unioni-*

stas bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die ihrer Meinung nach für die Fälschung verantwortlichen Abgeordneten der FRG, unter ihnen Kongresspräsident Ríos Montt, einreichten, beharrt die FRG darauf, dass alles mit rechten Dingen zu und her gegangen sei. Laut Ríos Montt sind die Änderungen im Plenum vorgenommen worden: Nachdem schon über das Gesetz abgestimmt gewesen sei, habe eine Gruppe Kongressabgeordneter eine Revision verlangt, die zu den später veröffentlichten Zahlen geführt habe.

Ein paar Tage später haben aber JournalistInnen der Tageszeitung *Prensa Libre* bekanntgegeben, sie verfügten über Tonbandaufnahmen von dieser Sitzung.

Auf den Aufnahmen verliesst die FRG-Abgeordnete Zulema Paz de Rodríguez nach der Schlussabstimmung den neuen Steueransatz für alkoholische Getränke: 20% auf destilliertem Alkohol, 10% auf Wein und 1% auf Mineralwasser. Weitere Aufnahmen über eine Diskussion oder Revision des Beschlusses gibt es nicht.

Obwohl eine Tonbandaufnahme ein ziemlich eindeutiges Beweisstück darstellt, beharren die FRG-Abgeordneten auf ihrer Version und zweifeln ihrerseits

die Echtheit des Tonbandes an.

Ríos Montt fühlt sich durch die Anschuldigungen nicht in die Enge getrieben. Falls er schuldig sei, ginge er ins Gefängnis, könne aber kein Beweis gegen ihn erbracht werden, würde er dafür sorgen, dass diejenigen, die ihn anklagen, ins Gefängnis wanderten, erklärte er. Tatsache ist aber, dass sich die FRG eine ziemliche Peinlichkeit geleistet hat und dass insgesamt 18 ihrer Abgeordneten mit dem Vertrauensentzug im Kongress und einer Strafklage rechnen müssen. Dadurch würde die FRG die Mehrheit im Kongress verlieren.

Ist dies nun bloss ein journalistischer Füller fürs Sommerloch oder steckt mehr dahinter?

KritikerInnen sind sich einig darüber, dass ein solcher Skandal das Vertrauen der Bevölkerung in den Kongress schwächt. Es wird auch befürchtet, dass die Steuerreform, deren Voranschreiten allgemein als positiv bewertet wird, in Mitleidenschaft gezogen wird. Die FRG hat sich mit der Fälschung des Alkoholgesetzes klar auf die Seite des Wirtschaftsektors geschlagen und somit die *Begleitkommission des Finanzpaktes* und das *Kollektiv der sozialen Organisationen* umgangen und vor den Kopf gestossen.

Stadtverwaltung interveniert Busunternehmen

Guatemala, 30. Juli. Beide haben ihre Drohungen wahr gemacht: Die Busunternehmer begannen am 31. Juli einen weiteren Streik, die Stadtverwaltung veranlasste die Intervention der Busunternehmen.

Intervention hiess in diesem Falle die Übernahme der Kontrolle über 13 konzessionierte Busunternehmen, die insgesamt über 3258 Fahrzeuge verfügen, aber auch die Übernahme der Kontrolle über die Installationen, Werkstätten, Administration und Bankkonten der Unternehmen. Weiter bedeutet es die Beschlagnahmung der 800 roten Autobusse (auch 'Tomaten' oder 'Würmer' genannt) die mittels eines Kredits der Gemeindeverwaltung gekauft wurden und um dessen Rückzahlung sich der ganze Streit dreht. Die Stadtverwaltung will mit diesen Fahrzeugen provisorisch ein eigenes Busunternehmen gründen.

An der Intervention beteiligt sind nebst hundert von der Gemeinde beauftragten Kontrolleuren auch hundert PolizistInnen der zivilen Nationalpolizei, 120 Armeeangehörige, 30 Gemeinde-

und 60 VerkehrspolizistInnen.

Die Busunternehmer bezeichneten das Eingreifen als illegal, fügten sich aber der Intervention und überliessen die Kontrolle der Stadtverwaltung. Der Sprecher der *Vereinigung der Busunternehmer (AEAU)* wies jegliche Verantwortung von sich für mögliche Konsequenzen, die die Intervention haben könnte.

Und sie hatte Konsequenzen: Einerseits war es der Stadtverwaltung nicht möglich, die Aufrechterhaltung aller Buslinien zu garantieren, Verspätungen und überfüllte Busse waren die Folge davon. Die Schulen wurden geschlossen, da die SchülerInnen nicht rechtzeitig zum Unterricht erscheinen konnten. Zu diesem Chaos beigetragen hatte auch die Zerstörung von ca. 300 Buseinheiten durch die Unternehmer. Diese demontierten nämlich übers Wochenende einfach Räder, Batterien und andere Teile der Busse und machten sie so verkehrsuntauglich.

Die Stadtverwaltung liess Haftbefehle gegen rund 30 Busunternehmer

ausstellen.

Als Zeichen des guten Willens kündigten am 11. August die Busunternehmer das Ende des Streiks und die Wiederaufnahme des Busbetriebs an. Als Gegenleistung forderten sie direkte Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, ohne Beteiligung der *Multisektoriellen Kommission*.

Unterdessen haben verschiedene Untersuchungen bestätigt, was die Busunternehmer schon immer sagen: mit den momentan gültigen Preisen von 75 Centavos für den normalen und 1 Quetzal für den speziellen Bus, ist es unmöglich, ein rentables Geschäft zu führen. Drei verschiedene Studien (von den Unternehmern selber, von der *Multisektoriellen Kommission* und vom *Zentrum für nationale Wirtschaftsstudien CIEN*) kamen zum Schluss, dass es Tagesmindesteinnahmen von rund 1000 Quetzales braucht, um einen Betrieb aufrechtzuerhalten. Die heutigen Tageseinnahmen betragen gemäss Aussagen der Busfahrer jedoch zwischen 500 und 700 Quetzales.

ODHA veröffentlicht Studie über 'verschwundene' Kinder

Guatemala, 8. August. *"Bis wir dich wiederfinden"* heisst die vom *erzbischöflichen Menschenrechtsbüro* (ODHA) durchgeführte Untersuchung über während des bewaffneten Konfliktes verschwundene Kinder in Guatemala.

Während der öffentlichen Präsentation der Studie, in Anwesenheit der Presse, VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und des Präsidenten Alfonso Portillo, erklärte der Koordinator der ODHA, Mario Ríos Montt, dies sei die erste Untersuchung zu diesem Thema in Guatemala. Sie habe zum Ziel, einen Beitrag zum 'historischen Gedächtnis' zu leisten. Man könne weder eine Demokratie aufbauen noch von Frieden sprechen, solange es noch Straffrei-

heit, Schmerz und Vergessen gäbe. Der Staat müsse seine Verantwortung anerkennen und den Familien helfen, die immer noch in der Hoffnung leben, ihre Kinder eines Tages wiederzufinden oder zumindest etwas über ihr Schicksal zu erfahren, meinte Mario Ríos Montt.

Die genaue Anzahl der verschwundenen Kinder ist nicht bekannt, man spricht aber von bis zu Tausend. Die Studie erwähnt 295 Fälle, von denen 86 ausführlich dokumentiert werden. Als Grundlage dienten Daten aus dem Bericht der Wahrheitskommission (REMHI), unterstützt wurde das Projekt von der Vereinigung *'Pro Busqueda'* aus El Salvador und von der schweizerischen *Stiftung Kinderdorf Pestalozzi*.

92% der *desapariciones forzadas*

werden dem Militär zugeschrieben, 3% den Zivilpatrouillen (PAC) und 2% der Guerilla. 93% aller verschwundenen Kinder sind Mayas, 68% wurden in die Militärcasernen verschleppt.

Die Schlussfolgerung der Studie ist, dass es dringend notwendig ist, eine nationale Kommission mit der Suche der verschwundenen Kinder zu beauftragen. Edgar Gutiérrez, Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), versicherte, dass die Regierung in Kürze ein solches Projekt initiieren wolle. (Dies widerspricht der Information der Kinderhilfsorganisation Casa Alianza, die bereits Ende April über die Gründung einer solchen Kommission informierte (siehe Fijáte 210), die Redaktion.) Portillo selber äusserte sich nicht zur Studie.

Verhandlungsbeginn im Fall Gerardi im Oktober?

Guatemala, 11. August. Wenn alles gut geht, d.h. wenn die Gegenseite keine aussergewöhnlichen Rekurse mehr einlegt, kann im Oktober die Gerichtsverhandlung im Fall des am 26. April 1998 ermordeten Erzbischof Juan Gerardi beginnen.

Dies hofft der zuständige Staatsanwalt Leopoldo Zeissig, der zwischen 30 und 35 ZeugInnen vor Gericht laden will, um seine Anklage zu erhärten.

Angeklagt, an der Ermordung Gerardis beteiligt zu sein, sind die Militärs Byron Lima Oliva und sein Vater Byron Lima Estrada sowie der ehemalige Militärspezialist Obdulio Villanueva. Die drei werden der aussergerichtlichen Hinrichtung angeklagt. Der Pfarrer Mario Orantes wird wegen Mordverdacht und die Köchin Margarita López wegen Beihilfe zum Mord angeklagt.

In die Liste der ZeugInnen gehört auch die ehemalige Administratorin des Pfarrhauses San Sebastián, in dem der Mord verübt wurde, Juana del Carmen Sanabria, die letzte Woche ins Exil ging, da sie mehrmals telefonische Drohungen erhielt. Sie sei aber bereit, für den Prozess nach Guatemala zurückzukehren, informierte Zeissig. Sie ist die siebte Person, die im Zusammenhang mit dem Mordfall Gerardi in Exil ging. Mit ihrer Aussage belastete sie Pfarrer Orantes und die Haushälterin Margareta López.

Vor ihr mussten bereits der Taxifahrer Diego Méndez Perussina, die beiden ehemaligen Mitglieder des *Präsidialen Generalstabs* (EMP) Oscar Chexs López und Jorge Aguilar Martínez, und der Hauptzeuge im Fall, Rubén Chanax Son-

tay, dessen Aussage zur Verhaftung der drei Militärs führte, das Land verlassen. Alle beschuldigten in ihren Aussagen Byron Lima Oliva.

Unterdessen erreichte der Anwalt von López, dass die Angeklagte freigelassen wurde unter der Bedingung, dass sie unter Hausarrest steht und sich wöchentlich beim Gericht meldet.

Im Fall von Pfarrer Mario Orantes hat die Staatsanwaltschaft ein neues gesundheitliches Gutachten angeordnet. Orantes befindet sich seit März in Spitalpflege.

Byron Lima Oliva hingegen versucht alles, um von seiner Mitschuld abzulenken: Einen Aufstand im Gefängnis, wo er in Untersuchungshaft sitzt und bei dem er verletzt wurde, bezeichnete er als versuchten Mordanschlag. Als am 31. Juli nachts die Lichter gelöscht wurden, hätten sich einige seiner Mitgefangenen auf ihn gestürzt in der Absicht, ihn zu töten, behauptete Lima Oliva. Nun fürchte er um sein eigenes und das Leben seines Vaters, der im selben Gefängnis inhaftiert ist.

Seit neustem fordert Lima Oliva Zeugenschutz und seine Freilassung und bietet als Gegenleistung neue Aussagen an. In diesen belastete er den Pfarrer Efraín Hernández, dessen Nichte Ana Lucía Escobar und Imelda Escobar, die er beschuldigt, in mafiöse Machenschaften und Diebstahl verwickelt zu sein, für Lima Oliva offenbar Gründe genug, um sie der Ermordung Gerardis zu bezichtigen. Ausserdem deutete er an, belastende Informationen über einen ehemaligen Polizeichef zu haben, der heute Berater

des Innenministers sei.

Nery Rodenas vom *Menschenrechtsbüro des Erzbischofs* ODHA, glaubt nicht, dass an Lima Olivas Aussagen etwas Wahres ist. Vielmehr befürchtet er, dass das Angebot der Aussage ein weiterer Versuch ist, die Untersuchungen zu verzögern. Lima Oliva habe schon letztes Jahr versucht, anderen Militärs die Verantwortung zuzuschieben, jedoch nie genügend Beweise vorlegen können, erklärte Rodenas.

Mexiko legalisiert Hausangestellte

Tapachula, 8. August. Die mexikanische Regierung gab bekannt, den Aufenthaltsstatus von mindestens fünftausend guatemaltekischen Hausangestellten in Tapachula, Chiapas, zu legalisieren. Die meisten dieser Frauen sind Indigenas und besitzen keine Papiere.

Seit einer Woche hat die mexikanische Migrationsbehörde im Park von Tapachula, wohin die Frauen in ihrer Freizeit oft gehen, um ihre Familien und FreundInnen zu treffen, Orientierungsstände aufgestellt.

Macaria Chilel, eine Hausangestellte aus Huehuetenango, kommentierte das Bestreben der mexikanischen Behörden: "Was nützen uns Papiere, die meisten von uns können nicht einmal lesen und schreiben. Wenn sie etwas für uns tun wollen, sollen sie dafür sorgen, dass wir besser bezahlt werden."